

DÜRRWANGEN (rei) - Die Staatsregierung soll die Blockade bei der Genehmigung von Windenergieanlagen beenden. Dies fordert der Gemeindegtag in Mittelfranken. In einem offenen Brief an Ministerpräsident Horst Seehofer hat Bezirksvorsitzender Franz Winter (Dürrwangen) die momentane Situation als rechtswidrig bezeichnet. Am Dienstag hat das Bayerische Kabinett entschieden, dass derzeit keine neuen Windkraftanlagen genehmigt werden. An einer neuen Regelung werde gearbeitet.

Die aktuelle Situation bei der Genehmigung von Windenergieanlagen sei „unverständlich und auch nicht rechtskonform“, schreibt Franz Winter in seiner Eigenschaft als Bezirksvorsitzender des Gemeindegtages. Mittlerweile seien es Monate, „in denen zahlreiche Behörden nicht gewillt sind, die Anträge zu bearbeiten, geschweige denn die Anträge zu genehmigen“. Und: „Engagement und auch finanzielle Vorleistungen von zahlrei-

Seehofer soll Blockade beenden

Gemeindegtag spricht von Stillstand bei der Genehmigung von Windenergieanlagen

chen Personen, Genossenschaften und Gesellschaften stehen kurz vor einem Fiasko, ja vor der Insolvenz.“ Es herrschten Frustration und existenzielle Sorgen. CSU-Mitglied Winter an die Adresse der CSUgeführten Staatsregierung: „Wenn geltende Gesetze faktisch außer Vollzug gesetzt werden“, verliere Bayern seinen Ruf als innovatives Bundesland in kürzester Zeit.

Seehofers Äußerungen in Zusammenhang mit den Entfernungs- Wohnbebauungen könnten derzeit Fragen werden mit allen Beteiligten



Gemeindegtag-Bezirksvorsitzender Franz Winter fordert: Die Blockade bei der Genehmigung von Windenergieanlagen beenden. Foto: Reinhardt

nicht Grundlage von behördlichen Aktivitäten und Entscheidungen sein. Natürlich habe der Ministerpräsident das Recht, zu überlegen, ob nicht andere Rahmenrichtlinien zur Errichtung solcher Anlagen notwendig seien. Ein Moratorium für Windenergieanlagen zum jetzigen Zeitpunkt mit Blick auf etwaige Gesetze in der Zukunft sei aber „schlicht und einfach rechtswidrig“.

Einen Tag vor Winters Brief hatte das Bayerische Kabinett entschieden, jetzt die Regionalplanfortschreibung zur Steuerung der Windenergienutzung in der Industrieregion Mittelfranken nicht für verbindlich zu erklären. Finanzminister Markus Söder teilte in einer Presseerklärung mit: „Al-

die Windenergie betreffenden Fragen werden mit allen Beteiligten im Januar entschieden.“ Und wörtlich weiter: „Damit werden derzeit in Bayern keine neuen Windkraftanlagen genehmigt.“ Die Bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner arbeite derzeit an einer neuen bayerischen Regelung zur Windkraft. Betroffen sei vor allem die Verbindlicherklärung des Regionalplans der Industrieregion Mittelfranken.

Öffnungsklausel für Abstandsflächen

In den Koalitionsverhandlungen habe Bayern erfolgreich die Einführung einer Länderöffnungsklausel für Abstandsflächen zu Windkraftanlagen durchgesetzt. Künftig sollen die Länder eigene Mindestabstände zur Wohnbebauung festlegen können.

Die Öffnungsklausel will Bayern laut Markus Söder „so schnell wie möglich nutzen, um eine ausgewogene Regelung zu finden“. Diese solle sowohl den Bedenken der Bürger Rechnung tragen als auch eine Umsetzung der Energiewende ermöglichen.